



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/34

9. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Gegen Leerlauf im Bundestag	S. 1
Schwedens "Jein" zur US-Resolution	S. 3
Frankreich zur Oder-Neiße-Grenze	S. 4
Schwieriger Luftschutz	S. 5
Schiffe für die See-Volkspolizei	S. 6
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Der Bundestag soll rationalisiert werden

"Bonn schießt mit Kanonen auf Spatzen"

d.g. Dieser Ausspruch stammt nicht aus der Verteidigungsdebatte, sondern ein friedlicher Volksvertreter, der an den Bundestagsarbeiten ein überdurchschnittliches Interesse zeigt, charakterisierte damit den parlamentarischen Leerlauf, wie er sich zuweilen im Bonner Bundestag zeigt, wenn 410 Abgeordnete die kostbare Zeit einer Plenarsitzung für relativ belanglose Themen vergeuden müssen. Beratungen z.B. über ein Gesetz über die Rechtswirkungen des Ausspruches einer nachträglichen Eheschliessung oder über die Ausdehnung irgendwelcher bundes-einheitlicher Bestimmungen auf den Kreis Lindau können nicht auf die gespannte Aufmerksamkeit des gesamten Parlamentes rechnen. "Plenar"-Verhandlungen vor leeren Sitzen im Parkett und auf der Tribüne aber führen leicht zu einem Prestigeverlust der parlamentarischen Einrichtungen.

Der Vorsitzende des Organisationsausschusses, der Abg. Dr. Mommer (SPD) hat daher die Frage aufgeworfen, ob nicht eine Scheidung der Verhandlungsgegenstände in solche von allgemeinem und solche von besonderem Interesse es ermöglichen könne, einen grossen Teil der Arbeit des Bundestages an ein weniger grosses Hilfsorgan des Plenums zu übertragen, wie es bereits im Parlamentarischen Rat geübt wurde

und wie es in ~~ähnlicher~~ Form in England und Italien gehandhabt wird. Dieses neue arbeitssparende Gremium soll ein nur 55 Mitglieder umfassender "Hauptausschuss" sein, dem der Aeltestenrat mit Zweidrittelmehrheit bestimmte Beratungsthemen zuweisen kann. Die Plenarversammlung bleibt weiterhin alleiniges Beschlussorgan, da verfassungsrechtlich keine Möglichkeit besteht, etwa weniger wichtige Gesetze von einem Ausschuss verebschieden zu lassen. Auch muss der Hauptausschuss öffentlich tagen und einen hinreichend grossen Ausschnitt aus dem Plenum verkörpern. Seine Errichtung würde ermöglichen, dass dem Plenum entsprechend seiner Bedeutung und seiner Grösse - nur jene Geschäfte überlassen werden, die ihm gemäss oder die aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht übertragbar sind. Kenner der parlamentarischen Arbeit haben an Hand der Tagesordnungen vieler Sitzungen errechnet, dass durch die Arbeit des Hauptausschusses die Vollversammlung um die Hälfte ihrer jetzigen Zeitdauer entlastet und dadurch den notwendigen Fachausschüssen mehr Raum für ihre Beratungen gegeben werden kann. Durch diese Arbeitsteilung ergäbe sich auch die Möglichkeit, in beiden Gremien gründlicher zu diskutieren und mit dem etwas peinlichen System der Redezeitbemessung mit dem Tropfenzähler zu brechen.

Der Kommer-Plan ist in allen Fraktionen zustimmend aufgenommen worden, über seine praktische Anwendung wird in den nächsten Tagen der Aeltestenrat beschliessen, den die "Verstopfung" des parlamentarischen Getriebes schon viele Kopfschmerzen bereitet hat. -

- - - - -

Der Januskopf der KP

Zur gleichen Zeit da Max Heimann eine brüderliche Aussprache zwischen den beiden Parteivorständen der SPD und der KP vorschlug, veröffentlichte der kommunistische "Sozialistische Informationsdienst" vom 27. Januar einen Artikel: "Mit Max Heimann für Frieden und Freiheit", in dem es heisst:

"Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre es dulden, dass Dr. Carlo Schmid, der ehemalige Kriegsgerichtsrat Hitlers, sich auf das Mandat beruft, dass sie ihm geben, wenn er den Krieg vorbereitet und sich für ehemalige SS-Generale und Massenmörder einsetzt? Sie dürfen es nicht!"

Die Antwort der SPD stand ebenso fest wie die Absicht der Kommunisten, mit ihren Verbrüderungsangeboten ihre Zersetzungsabsichten zu ver-schleiern.

Um Schwedens Aussenpolitik

ERK. Stockholm, im Februar

Bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen über den amerikanischen Resolutionsvorschlag, China als Angreifer zu brandmarken, hat sich die schwedische Delegation im Auftrage ihrer Regierung der Stimme enthalten. Diese schwedische Stellungnahme hat zwar im Auslande nicht überrascht, aber doch zu Diskussionen geführt, die gewisse Rückwirkungen auf die schwedische Öffentlichkeit haben. Auf Antrag der Bauernpartei, welche die von der Regierung geführte Aussenpolitik vorbehaltlos unterstützt, hat der Reichstag in einer Sondersitzung zu der von Schweden in Lake Success eingenommenen Stellung eine Aussprache geführt, die reich an bemerkenswerten Feststellungen war.

Der wesentliche Inhalt der die Diskussion einleitenden Regierungserklärung ist, dass Schweden nicht nur die schroffe Form des amerikanischen Resolutionsvorschlages missbilligt, sondern auch die Konsequenz von Sanktionen gegen den Angreifer, die sich aus einer durch die Vereinten Nationen ausgesprochenen moralischen Verurteilung des Angreifers ergebe. Schweden hätte den Wunsch geäußert, dass es bei der Sechsmächteresolution bleiben solle, die sich darauf beschränkt hatte, die Entsendung von chinesischen Truppen nach Korea zu konstatieren und China aufzufordern, diese Truppen zurückzuziehen. Diese Konstatierung ohne eine Brandmarkung Chinas als Angreifer wäre von Schweden unterstützt worden. Da es sich aber beim amerikanischen Resolutionsvorschlag nicht nur um die Feststellung von Tatsachen, sondern auch um einen Prinzipbeschluss über Sanktionen auf Grund eines moralischen Urteils gehandelt hat, habe Schweden sich der Stimme enthalten müssen.

Während der Sprecher der Bauernpartei die von der schwedischen Delegation geäußerte Haltung voll unterstützte, nahmen die Führer der beiden anderen Oppositionsparteien dagegen Stellung. Professor Bertil Ohlin, Sprecher der Volkspartei, erklärte, dass die Brandmarkung eines Angreifers als Angreifer eine moralische Aufgabe der Vereinten Nationen ist, der sich kein Mitglied im vorliegenden Falle nur deshalb entziehen könne, weil es sich um eine Grossmacht handelt. Als nur Nordkorea als Angreifer zu brandmarken war, habe Schweden nicht gezögert, sich daran zu beteiligen. In ihrer Antwort wiesen die Sprecher der Regierung

darauf hin, dass auch die Opposition mit der Regierung darin einig ist, dass die Beteiligung an Sanktionen für Schweden nicht in Frage käme. Der Sprecher der Rechten, Hjalmarsson, hat darauf geantwortet, dass man nicht versuchen solle, eine Einigkeit vorzutäuschen, die nicht bestehe. Die Mitgliedschaft Schwedens bei den Vereinten Nationen bringe Verpflichtungen mit sich und dürfe nicht zur blossen Formalität werden.

Die Feststellung des Ministerpräsidenten Erlander in der Ersten Kammer, dass die Meinungsunterschiede in der vorliegenden Frage zwischen Regierung und Opposition eigentlich nur Nuancen betreffen, kann nach dem Verlauf der Debatte kaum bestritten werden. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied zwischen der scharfen Ton der oppositionellen Presse und dem versöhnlichen der oppositionellen Parteiführer. Erlander hat denn auch die Gelegenheit benutzt, von den oppositionellen Parteiführern eine Beruhigung der betreffenden Zeitungen zu fordern, deren Haltung dem Ansehen Schwedens sehr schaden könne.

Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob die Haltung der oppositionellen Presse in dieser Frage wirklich nur einen episodischen Charakter haben oder stärkeres Echo im Volke finden wird als die ruhige Reichstagsdebatte.

- - - - -

Frankreich und die Oder-Weisse-Grenze

A.F. Die jüngste Erklärung François Poncet zur Oder-Weisse-Linie hat in verschiedenen politischen Kreisen in Paris durch ihre Schärfe überrascht. Aussenminister Schumann wurde im Auswärtigen Ausschuss der französischen Nationalversammlung gefragt, ob die französische Regierung mit der von François Poncet gewählten Form einverstanden sei. Der Minister erklärte daraufhin, der französische Hochkommissar in Deutschland habe durch seine Erklärung lediglich zum Ausdruck bringen wollen, dass Frankreich die Oder-Weisse-Linie vor Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht als endgültig anerkennt. Er habe jedoch nicht erklären wollen, entgegen gewissen Pressenmeldungen, dass Frankreich diese Grenze missbilligt. Diese etwas subtile Unterscheidung entspricht der augenblicklichen Grundhaltung der französi-

schen Lussenpolitik, der es sehr daran gelegen ist, die Brücken zwischen Ost und West nicht restlos abzubreaken.

- - - - -
Schwieriger Luftschutz
-.-.-.-.-

c. Das Problem des zivilen Luftschutzes ist im November des vergangenen Jahres der Öffentlichkeit sehr unglücklich präsentiert worden. Kommentare und Leserschriften bestätigen, dass der Eindruck entstand, das Problem sei durch die aktuellen politischen Spannungen aufgeworfen und würde nun in kürzester Frist gelöst. Das Bundesinnenministerium hat es bis heute an einer klaren Stellungnahme fehlen lassen. Das ist die richtige Atmosphäre für eine Welle von guten und schlechten Publikationen, die im Volk die Verwirrung und die Spekulationen vermehren. Von Angaben seriöser Zeitungen über den Bau von "weitgehend atombombensicheren Luftschutzkellern" (mit geringen Mitteln) bis zu Jules Verⁿs-Reportagen unseriöser illustrierter Zeitschriften ist alles zu lesen, was ein Volk beunruhigen kann. Wie ist nun die wirkliche Lage bei der Vorbereitung eines neuen zivilen Luftschutzes?

Das Problem ist in der Bundesrepublik nur auf lange Sicht lösbar. Erst einmal sind die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, wie z.B. die Ausserkraftsetzung der Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes 23, die Luftschutzmassnahmen verbieten und bis in die jüngste Zeit zur Sprengung von Luftschutzbunkern führten. Gegenwärtig beschäftigt sich das Innenministerium zwar mit dem Luftschutz, aber de jure steht noch -Zuchthaus darauf. Ist hier die rechtliche Lage der Wirklichkeit angepasst, dann müssen die Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern geklärt werden. Der Luftschutz ist eins der Probleme, die vom Parlamentarischen Rat bei der Verfassunggebung nicht berücksichtigt wurden. Da eine zentrale Planung notwendig ist und es unsinnig wäre, sie etwa durch Analogienbeschlüsse zu ermöglichen, scheint eine neue Änderung der Verfassung unumgänglich. Dann erst werden die Voraussetzungen gegeben sein, um durch ein Luftschutzgesetz und andere Massnahmen ein Schutzsystem zu errichten. Es wird dann von den zur Verfügung stehenden Mitteln - die sehr gering sein werden - und dem Ausmass der Zusammenarbeit mit den Alliierten abhängen, wie "sicher" das

neue Schutzsystem werden kann.

Es werden Monate vergehen, bis in Bonn die hier angedeuteten Schritte gemacht sind. Auch aus diesem Grunde erscheint es durchaus zweckmässig, wenn in den Gemeinden Luftschutzmassnahmen getroffen werden, soweit diese von den einzelnen Bürgern bewerkstelligt werden können. Allerdings sollten bereits in diesem Rahmen durch eine Koordination über die Innenministerien der Länder und des Bundes dem späteren Luftschutzgesetz erste praktische Ausgangspunkte gesichert werden.

+ + + + +

Für die See-Volkspolizei und für Russland

sp. Die Werften der Ostzone stehen heute weitestgehend im Zeichen der Reparationsleistungen für die Besatzungsmächte und der Aufträge für die See-Volkspolizei. Nur zu rund 15% wurde die Kapazität der ostzonalen Staatswerften für rein zivile Zwecke ausgenutzt.

Vor allem die "Neptunwerft" in Rostock arbeitet restlos für sowjetische Interessen, selbstverständlich auf Reparationskonto. Neben laufenden Reparaturarbeiten an sowjetischen Schiffen wurden von ihr im vergangenen Jahr 46 grosse Fischlogger für die sowjetische Staatsfischerei gebaut und abgeliefert. Die "volkseigenen" Werften in Stralsund, Boizenburg(Elbe) und die neue Boddenwerft in Dangarten massten insgesamt über 60 Fischkutter und -logger als Reparationsleistung fertigstellen. Der Fischerei in der Ostzone stehen dagegen nur Fangboote im Durchschnittsalter von 15-17 Jahren zur Verfügung. Insgesamt werden die Reparationsleistungen der mecklenburgischen Werften allein in Fischfangfahrzeugen für 1950 auf rund 11 Millionen Mark beziffert.

Die Leistungen für die Reparatur von sowjetischen Ozeanschiffen und kleineren Kriegsbooten belaufen sich auf ein vielfaches dieser Summe. Die Schiffsreparaturwerft in Wismar, auf der augenblicklich wieder zwei grosse Sowjetdampfer unter Verwendung bester Materialien generalüberholt werden, hatte 1950 allein schon Reparationslieferungen in Höhe von 8 Millionen Mark zu verzeichnen. In diesem Jahr wird die Summe infolge der inzwischen durchgeführten Werftvergrösserung ent-

sprechend höher sein.

Daneben nehmen die Aufträge für die Ostzonen-Seepolizei auffallend zu. Die neu errichtete Peenewerft in Wolgast (Vorpommern) soll im Laufe dieses Jahres rund 50 Schnellboote und Minenleger bauen. Besonders ausgebildete "Volks-Seepolizisten" in Peenemünde werden später diese Fahrzeuge übernehmen. Weitere Schulen für die Seepolizei der Ostzone befinden sich in Wismar, Rostock, Stralsund-Parow, Prora, Sassnitz und Binz auf Rügen. Der Bau von kleinen Sturmbooten wurde der staatlichen Schneiderwerft in Ost-Berlin übertragen. Auch für andere Werften werden von der Hauptverwaltung "Seepolizei" in Berlin-Wilhelmsruh besondere Aufträge ausgearbeitet.

Gleichzeitig wird die einzige Seefahrtschule der Ostzone in Wustrow auf Fischland beschleunigt ausgebaut. Die nautische Ausbildung der "See-Volkspolizisten" steht an erster Stelle. Die schon eröffnete erste "Seemannsschule" für Jugendliche in Plaue/Havel wird von der "See-Volkspolizei" ebenfalls stärkstens unterstützt - zur Auffüllung ihrer jungen Kader.

Nachrichten aus der Ostzone:

Folgen der Ostzonen-Flucht

Um den Mangel an erstklassigen Konstrukteuren zu umgehen, der durch die beständig anhaltende Absetzbewegung nach dem Westen immer katastrophalere Folgen für die Wirtschaft der Sowjetzone hat, ordnete der Minister für Maschinenbau in der Sowjetzone, Ziller, die Schaffung eines zentralen Konstruktionsbüros für den Maschinenbau an. Die Mitglieder dieses Büros sollen Pläne ausarbeiten, wonach die fehlenden Produktionsmittel unabhängig von den Lieferungen aus Westdeutschland in der Sowjetzone selbst hergestellt werden können, besonders Werkzeugmaschinen und Aggregate. Durch diese Maßnahmen soll ausserdem eine bessere Geheimhaltung der Rüstungsproduktion gewährleistet werden.

+++

Unzureichende Umsiedlerhilfe

In Lande Brandenburg wurde von 23400 Kreditanträgen der Umsiedler im Werte von rund 30 Mill. Mark seit Erlass des grosszügig angekündigten "Gesetzes über die Förderung der Umsiedler" nur ein winziger Teil realisiert. Nach der Auszahlung von rund 16 Mill. Mark waren die Kredite erschöpft. Besondere Enttäuschung entstand dadurch, dass die Neusiedler beim Einkauf ihres Bedarfs auf die HO-Läden angewiesen waren.

++++

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt